

Der Lungauer Wind bläst erst nach der Wahl

Die FPÖ wollte eine Volksbefragung über Windräder gleichzeitig mit den Gemeindewahlen im März. Sie blieb mit ihrem Antrag aber allein.

THOMAS AUINGER

SALZBURG. Es wird keine Volksbefragung über Windräder im Lungau geben. Die drei Regierungsparteien ÖVP, Grüne und Neos, aber auch die SPÖ lehnten am Mittwoch im Landtag einen FPÖ-Antrag ab. Die Freiheitlichen wollten eine Befragung der Bevölkerung in allen 15 Gemeinden des Bezirks Tamsweg, und zwar gleichzeitig mit den Gemeinde- und Bürgermeisterwahlen, die höchstwahrscheinlich am 10. März 2019 stattfinden werden.

Es bleibt dabei: Die überwiegende Mehrheit im Landtag unterstützt den Beschluss des Regionalverbandes (also praktisch der Bürgermeister). Demnach werden die knapp 200 Gemeindevertreter in den Ortsparlamenten nach den Wahlen darüber entscheiden, ob Windparks im Lungau errichtet werden können.

Bis dahin setze die Gemeinde Weißpriach das Flächenwidmungsverfahren für das Vorhaben am Fanningberg aus, sagte der ÖVP-Abgeordnete und Regionalverbandsobmann Manfred Sampl. „Da eine Volksbefragung rechtlich nicht bindend ist, die Entscheidung der Gemeindevertreter hingegen schon, und weil die Experten Bedenken zu einer Volksbefragung am Wahltag haben, werden wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen“, so Sampl. Er persönlich hinterfrage mit seinem derzeitigen Informationsstand Windräder im Lungau sehr kritisch, so Sampl. Vor allem Windräder auf 2000 Metern See-

höhe mit all den notwendigen Wegen und Leitungen sehe er sehr skeptisch. Es gäbe wohl bessere Standorte.

Als engagierter Befürworter der Windkraft präsentierte sich LAbg. Josef Scheinast (Grüne). Um die Klimaziele zu erreichen, brauche Salzburg die Windenergie. Diese könnte Löcher im Winter stopfen. „Wir importieren im Jänner stillschweigend Strom aus Atom- und Kohlekraftwerken.“ Man brauche alle erneuerbaren

„Wir brauchen Windräder. Wir werden noch danach schreien.“

Josef Scheinast, LAbg., Grüne

Energieformen. „Wir werden nach Windrädern schreien.“

FPÖ-Obfrau Marlene Svazek meinte in Richtung Regierungsparteien: „Man hat Angst, dass Projekte nach einer Volksbefragung fallen würden. Wir empfinden einen Entscheid über die Köpfe der Bevölkerung als vermessen.“ Ihr Lungauer Kollege Ernst Lassacher hielt den Grünen vor, sie wollten mit Windrädern „die Natur zerstören“.

Der grüne Energie-Landesrat Heinrich Schellhorn betonte: „Weder die Grünen noch ich sind Betreiber. Ich mache nur seriöse Politik und sage klipp und klar, was wir brauchen.“ Es könnten auch andere als die derzeit diskutierten Standorte sein. Der Energie-Masterplan des Landes sieht 20 Windkraftanlagen vor.